Nummer 553

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 76. Jahrgang. Donnerstag, 27. November 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Welt Wissen" mit Roman sowie Aktuelle Fragen aus dem Wirtschaftsrecht.

Für Manuskripte keine Verantwortung — Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jägler, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Kentner, Inseratenteil: i. V.: H. Lorenz, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37 — Inseraten sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatl. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,96 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.) Die Zeitung erscheint i. d. Woche vollmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich u. Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $, Frankreich 155 frans. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 dän. Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, Norwegen 28 norweg. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 span. Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts — Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Die Verhandlungen mit den Parteiführern.

Reichskanzler Brüning setzte gestern abend seine Besprechungen mit den Parteiführern über das Finanzprogramm fort. Er hatte zunächst eine zweieinhalbstündige Unterredung mit dem Parteivorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg. Beide Beteiligten haben strengste Vertraulichkeit über Verlauf und Ergebnis der Unterredung vereinbart. Es kann jedoch nach der bisherigen Haltung der Deutschnationalen Volkspartei ohne weiteres angenommen werden, daß der Reichskanzler irgendwelche Zusicherungen über eine etwaige parlamentarische Unterstützung durch die Deutschnationale Volkspartei nicht erhalten hat.

Im Anschluß an seine Unterredung mit Geheimrat Hugenberg hatte der Reichskanzler Besprechungen mit dem Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei Leicht, dem Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey sowie den Vertretern der Sozialdemokraten, Hermann Müller, Breitscheid und Hilferding.

Nachtsitzung des Reichskabinetts über den Konflikt mit Polen.

Das Reichskabinett trat gestern am späten Abend noch zu einer Sitzung zusammen, um sich einmal mit der Abfassung der an den Völkerbundsrat zu richtenden Beschwerdenote wegen der Deutschnverfolgungen in Polnisch-Oberschlesien, zum anderen aber auch mit der Frage zu beschäftigen, ob neben dieser Beschwerde auch ein deutscher Antrag auf sofortige Einberufung einer außerordentlichen Ratstagung an das Genfer Völkerbundssekretariat gerichtet werden solle. Die Beratungen des Reichskabinetts wurden um Mitternacht abgebrochen, ohne daß irgendeine amtliche Mitteilung über das Ergebnis der Sitzung herausgegeben wurde. Von zuständiger Stelle wurde lediglich erklärt, daß das Kabinett der Oeffentlichkeit heute mittag weitere Aufklärungen über die in Genf zu ergreifenden Schritte geben werde.

Vorbereitung der Gegenaktion gegen den deutschen Schritt in Genf.

Warschau, 26. November.

Wie die polnische Presse erfährt, hat Außenminister Zaleski den Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, eingeladen nach Warschau zu kommen. „Dobry Wieczor" glaubt, daß die Einladung im Zusammenhang stehe mit dem beabsichtigten deutschen Schritt beim Völkerbund. Calonder dürfte am Donnerstag oder Freitag in Warschau eintreffen.

Kattowitz, 26. November.

Der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien übergibt der Presse folgende Mitteilung: „In der Presse ist ein an mich gerichteter Offener Brief verschiedener deutscher Verbände veröffentlicht worden, in welchem ich zur Erfüllung meiner Pflicht ermahnt werde. Ich sehe mich nicht veranlaßt, darauf irgendeinmal zu antworten. Die deutsche und die polnische Minderheit haben auf meinen Schutz stets zählen können. Im gleichen Schreiben werde ich ersucht, dahin zu wirken, daß Polnisch-Oberschlesien an Deutschland zurückgegeben werde. Diese das Pflichtgefühl des Präsidenten der Gemischten Kommission verletzende Zumutung weise ich mit Entrüstung zurück. Die jedige Grenze ist selbstverständlich Grundlage meiner Mission."

Die Präferenzwünsche der osteuropäischen Staaten.

Genf, 26. November.

Eine der Hauptaufgaben, die der europäischen Wirtschaftskonferenz gestellt waren, bildete die Stellungnahme zu der Frage des Warenaustausches zwischen den südosteuropäischen Agrarstaaten und den zentralen europäischen Ländern. Ueber die von einem besonderen Unterausschuß für die Beschlußfassung der Konferenz vorgelegten Schriftstücke entspann sich heute im Agrarausschuß eine lebhafte Debatte. Es handelte sich hauptsächlich um die von dem Unterausschuß aufgestellten Richtlinien, die bei evtl. Verhandlungen über die Präferenzwünsche der südosteuropäischen Staaten zu befolgen wären. Der Vertreter Italiens Michelis, der in den Beratungen des Unterausschusses und auch heute im Agrarausschuß selbst der Gewährung von Vorzugszöllen für die betreffenden Länder den schärfsten Widerstand entgegensetzte, verlangte unter dem Vorbehalt seiner endgültigen Stellungnahme in der Vollversammlung, daß der betreffende Bericht nicht in das Schlußprotokoll aufgenommen würde. Mit der Begründung, daß auf diese Weise dem Bericht, der für evtl. künftige Verhandlungen nicht ohne Bedeutung sei, jeder praktische Wert genommen würde, wandte sich der deutsche Delegierte Ministerialdirektor Posse gegen diesen Versuch. Er stellte fest, daß auf der letzten Völkerbundsversammlung und auch auf der jetzigen Konferenz der Not der südosteuropäischen Staaten in vielen schönen Worten gedacht worden sei, daß aber jetzt, da es sich um praktische Taten handele, das gesamteuropäische Forum, an das sich die südosteuropäischen Staaten gewandt hätten, versage. Die Dinge hätten in den letzten Tagen eine ernste Wendung genommen. Man habe von dieser Konferenz erwartet, daß sie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas erleichtern helfe. Man habe aber nicht nur keinen Schritt vorwärts gemacht, sondern es bestehe die Gefahr eines Rückschritts. Durch das Verhalten der Konferenz würde die Autorität des Völkerbundes in wirtschaftlichen Fragen erschüttert.

Die offenen Worte des deutschen Delegierten hatten die Wirkung, daß der Ausschuß schließlich doch noch beschloß, den Bericht in das Schlußprotokoll aufzunehmen. Bei der Abstimmung haben sich die Vertreter Englands, Spaniens, Italiens, Lettlands, Litauens, Dänemarks und Hollands der Stimme enthalten.

Der von dem Unterausschuß der Wirtschaftskonferenz veröffentlichte Bericht enthält, ohne zu der praktischen Frage, ob den südosteuropäischen Agrarstaaten das von ihnen gewünschte Präferenzsystem gewährt werden soll, Richtlinien für evtl. Verhandlungen über diese Frage. Das Präferenzsystem, das als eine außergewöhnliche, den Bedingungen der Meistbegünstigungsklausel unterworfene, Maßnahme angesehen werden müsse, dürfe nur für Getreideprodukte gewährt werden. Es dürfe nicht zu einer Benachteiligung der Ueberseeländer führen, und deshalb dürfe es nur mit Zustimmung der Meistbegünstigungsländer eingeführt werden. Ferner dürfe nicht eine Schädigung der Landwirtschaft der Importländer eintreten, und das Präferenzsystem dürfe nicht zur Folge haben, daß die Präferenzländer ihre Produktion steigern. Das zollarifarisch begünstigte Getreide dürfe bestimmte Mengen nicht überschreiten. Kontingente aber dürfen nur gewährt werden, wenn die Meistbegünstigungsstaaten zustimmen. Wenn als Gegenleistung für Getreidepräferenzen eine Präferenz für Industriewaren verlangt würde, so sei hierzu die Zustimmung der interessierten meistbegünstigten Länder notwendig.

Neuer „Abrüstungs"-Trick

Ein Abkommen, das bei Bedrohung der nationalen Sicherheit außer Gültigkeit tritt.

TU Genf, 26. November.

Der Abrüstungsausschuß des Völkerbundes ist am Mittwoch in die Beratungen über die Kontrolle, die Ratifizierung, das Inkrafttreten und die Geltung des Abkommens eingetreten. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Ausnahmebestimmung, nach der die Mächte über die im Abkommen festgesetzte Höchstgrenze hinaus zu neuen Rüstungen schreiten können, falls eine Aenderung der Lage eintritt, die als eine Bedrohung der nationalen Sicherheit angesehen wird. Damit bietet das Abrüstungsabkommen den Mächten die Möglichkeit, auch ohne Krieg oder Kriegsgefahr sich an das Abrüstungsabkommen nicht zu halten, sondern neue unbegrenzte Rüstungen vorzunehmen. Deutschland ist von dieser Bestimmung bekanntlich durch den Artikel EA ausgeschlossen worden. Zum Kapitel „Organisation" wurde die Bildung eines ständigen Kontrollausschusses beschlossen, der die Durchführung des Abrüstungsabkommens überwachen soll.

Ueber die Machtbefugnisse dieses Ausschusses gehen die Meinungen noch weit auseinander. Dem Ausschuß soll u. a. die Prüfung der Klagen über Nichteinhaltung des Abrüstungsabkommens obliegen. Während die Großmächte fordern, daß der Ausschuß in erster Linie aus Vertretern der ständigen Ratsmächte sowie der Vereinigten Staaten zusammengesetzt werden soll, verlangen die kleineren Mächte die Vertretung aller vertragschließenden Staaten im Ausschuß. Eine besondere Rolle soll der Ausschuß spielen, wenn eine Macht von den Ausnahmebestimmungen Gebrauch macht und unter Hinweis auf die „bedrohte nationale Sicherheit" zu neuen Rüstungen schreitet. In diesem Fall muß die betreffende Macht dem Ausschuß sofort ihre Maßnahmen bekanntgeben. Die französische Abordnung trat für eine Beschränkung der Machtbefugnisse des Ausschusses lediglich auf technische Fragen ein.

Der Abrüstungsausschuß nahm sodann mit 23 gegen die Stimme Sowjetrußlands bei deutscher Stimmenthaltung die Ausnahmeregelung an, nach der jede Macht im Falle der sogenannten „Bedrohung der nationalen Sicherheit" das Abkommen für sich außer Kraft treten lassen kann. Weiter wurde die Bestimmung angenommen, daß jeder Bruch des Abkommens als eine alle vertragschließenden Staaten interessierende Angelegenheit anzusehen sei.

Die deutsche Abordnung enthielt sich bei allen Abstimmungen im Hinblick auf ihre grundsätzliche Haltung zum Abrüstungsabkommen der Stimme.

Aus Erklärungen des belgischen Vertreters ging hervor, wie weit der Rahmen für die nationale Sicherheit gegeben werden soll. Er erhob nämlich den Anspruch, daß die Staaten in den Jahren 1932 und 1933, wenn infolge Geburtenrückganges die schwächeren Kriegsjahrgänge an Rekruten zur Einziehung gelangten, ohne weiteres die Dienstzeit und die Heeresstärke erhöhen könnten. Dieser belgische Antrag wurde unterstützt von der Tschechoslowakei.

Der Abrüstungsausschuß wird am Donnerstag den Artikel EA erörtern, der ausdrücklich die im Abkommen vorgesehene Möglichkeit des Aufrüstens für die Staaten ausschließt, die bereits Entwaffnungsverträge abgeschlossen haben. Da dieser Artikel sich ausschließlich auf Deutschland bezieht, erwartet man am Donnerstag eine ausgedehnte politische Aussprache.

Die Besprechung Litwinow—Grandi

Nervöse Aengste in Frankreich.

EP Genf, 26. November.

Bei den Verhandlungen Litwinows mit dem italienischen Außenminister Grandi in Mailand ist nach Mitteilungen von italienischer Seite über einen fünfjährigen Kredit Italiens an Sowjetrußland gesprochen worden, den Rußland zur Bestellung verschiedener Schiffsneubauten in Italien in Anspruch nehmen wird. Außer verschiedenen Handelsschiffen kommen auch Lieferungen der militärischen Schiffswerften Italiens an U-Booten und leichten Kreuzern in Frage. Die Abtragung des Kredits wird zum Teil durch russische Getreidelieferungen an Italien erfolgen.

EP Paris, 26. November.

Die Italienreise des russischen Volkskommissars des Aeußern, Litwinow, und seine Besprechung mit dem italienischen Außenminister Grandi haben in Frankreich nicht geringes Aufsehen und gewisse Befürchtungen ausgelöst. Besorgt fragt man sich hier — wie sich der „Intransigeant" ausdrückt —, ob man in diesen Vorgängen eine wirkliche italienisch-deutsch-russische Annäherung, das Vorspiel zur Bildung eines „furchtbaren europäischen Blocks" sehen müsse oder ob es sich lediglich um ein Einschüchterungsmanöver handelt. — Der römische Korrespondent des „Temps" mißt der Zusammenkunft Litwinows mit Grandi in erster Linie wirtschaftliche Bedeutung bei. Italien habe den Wunsch, den Absatz seiner Industrieerzeugnisse in Rußland zu vermehren und bei den Sowjets billige Rohstoffe anzukaufen. Dennoch komme den Mailänder Besprechungen eine gewisse politische Bedeutung zu, denn sie hätten zu engeren italienisch-russischen Beziehungen geführt. Dies werde merkliche Rückwirkungen in den besonders empfindlichen und nervösen Gebieten der politischen Geographie am Schwarzen Meer-Becken und im östlichen Mittelmeer haben.

Eine Moskauer Meldung besagt lediglich, Litwinow habe sich während seines Aufenthaltes in Mailand darüber vergewissert, daß Italien nicht in die Einheitsfront gegen die Sowjets eintreten werde, sondern mit Rußland die freundschaftlichsten Beziehungen ohne jeden Hintergedanken unterhalten wolle.

Wahrt das Reich!

Wer bürgt für den Frieden?

Vor wenigen Tagen hat Tardieu mit Bezug auf die deutsche Ostgrenze den Satz gesprochen: „Sollte es eine Mehrheit für die Revision geben, dann würde einige Monate später, nicht durch den Willen von einzelnen Männern, sondern durch die Gewalt der Dinge, wieder Krieg ausbrechen." Der polnische Außenminister Zaleski hat diesen Ball begierig aufgefangen und noch an demselben Abend im Rundfunk erklärt, nach einer solchen Revision würde der Friede „vom ersten Windstoß umgeworfen werden" und einem neuen Kriege Platz machen. Welch' schöne Einmütigkeit im Hinweis auf die „höhere Gewalt", die durch Deutschlands Schuld heraufbeschworen würde! Für den Windstoß zu sorgen, wird den Verdrehungskünstlern in Warschau — das beweisen die letzten Grenzzwischenfälle, die fortgesetzte Verletzung der deutschen Gebietshoheit durch polnische Militärflugzeuge und die Vorgänge in Ostoberschlesien zur Genüge — ein Leichtes sein. Wir können deshalb die Erklärungen Tardieus nicht als leeres Säbelgerassel mit Achselzucken abtun; wir werden uns hüten müssen, in dem von der Kammer — der Sozialist Paul Boncour eingeschlossen — mit stürmischem Beifall aufgenommenen Satz des Abgeordneten Franklin-Bouillon „Frankreichs Grenzen liegen an der Weichsel" und in der ähnlichen Erklärung Briands bloße Phrasen oder zärtliche Gesten unter Verbündeten zu sehen. In Paris weiß man sehr wohl, daß Polen auch nach Rückgabe des Korridors weiterleben und seinen Posten als Hausknecht Frankreichs in Osteuropa ausfüllen könnte, — und schreit trotzdem „Krieg"; man weiß sehr gut, daß Polen 3,6 Millionen ausgebildete Soldaten 100 000 Reichswehrleuten gegenüberstellen könnte, — und trotzdem erklärt Kriegsminister Maginot, eine Verminderung der Truppenzahl „unter den gegenwärtigen Umständen" nicht verantworten zu können. Warum also tant de bruit für das polnische Omelett? Weil Frankreich den Rhein meint, wenn es von der Weichsel spricht. Weil die mit Naturnotwendigkeit kommende Revision im Osten für Frankreich der Anlaß sein soll, unter dem Deckmantel der „höheren Gewalt" oder der „Bündnistreue" den letzten vernichtenden Schlag gegen Deutschland zu führen und die französische Hegemonie über Europa endgültig aufzurichten.

*

In diesem Entscheidungskampf um Europa wird Polen die ihm von Frankreich zugewiesene Rolle um so lieber spielen, als es damit die seh nlichst erwartete Gelegenheit erhält, seine Annexionsabsichten in die Tat umzusetzen. Zaleski hat neulich dem Vertreter des „Petit Parisien" gegenüber geäußert, Polens jetzige Grenzen seien „das Minimum" für seine Existenz, und wir haben es von amtlicher oder halbamtlicher polnischer Seite schon noch weit offener aussprechen hören, daß Polen nur auf den günstigen Moment wartet, um seine in Ostoberschlesien und Posen, in der Ukraine und in Wilna mit Erfolg angewandte Politik der vollendeten Tatsachen auch gegenüber Ostpreußen und Danzig in die Tat umzusetzen und die deutsch-polnische Grenze an die Oder zu verlegen. „An die Oder", ruft man in den polnischen Offizierskasinos und in den Horden der von Warschau ausgehaltenen Aufständischen. „Die akademische Jugend wird ihre Fahnen nach Königsberg, Allenstein und Oppeln tragen", heißt es in einer Entschließung des Allgemeinen polnischen Studentenkongresses vom Dezember 1929. „Die Einnahme Wilnas ist nur eine Etappe auf dem Wege zum Endziele — der Wiederherstellung der Grenzen von 1772", rief der General Zeligowski den Legionären zu (am 10. August 1928), und Piłsudski hat sich zur Politik der vollendeten Tatsachen offen bekannt, indem er bei einem Vortrage in Wilna (Ende August 1923) erklärte: „Es war notwendig, neue vollzogene Tatsachen zu schaffen. Da kam die Aktion des Generals Zeligowski, der unter meiner Führung und in meinem ausdrücklichen Auftrage handelte ... Ich habe also eine vollzogene Tatsache geschaffen, aber auch einen neuen Besitzstand unter anderen Bedingungen." Die Liste derartiger Aussprüche polnischer Staatsmänner, Parlamentarier, hoher Geistlicher usw. läßt sich beliebig verlängern.*) Hier sei nur noch ein für die polnische Geistesverfassung typischer Ausspruch zitiert, den der ehemalige Minister Grabski bei einer Gedenkfeier für Versailles am 24. Juni 1929 in Krakau getan hat:

„Heute, nach zehn Jahren, wird immer lauter und aufdringlicher von einer Revision der Staatsgrenzen

*) Eine überschwängliche und höchst einprägsame Zusammenstellung solcher Selbstzeugnisse polnischen Eroberungswillens bietet „Der neue Polenspiegel" von Werner Fuchs, herausgegeben im Auftrage des Deutschen Ostmarken-Vereins und des Ostausschusses des „Stahlhelm", Berlin 1930. Das Buch kann jedem, der sich mit der Politik Polens und mit der Psychologie des polnischen Volkes und seiner Führer vertraut machen will, auf das wärmste empfohlen werden. D. Verf.